

## LIBERALISMUS

### (II) Wirtschaftlicher Liberalismus

LUDWIG V. MISES

1. Liberalismus und Nationalökonomie
2. Aufstieg und Niedergang des Liberalismus
3. Liberalismus und Sonderinteressen
4. Vorrang des Verbrauches und Freiheit des Marktes
5. Liberalismus und Außenhandel
6. Bestrebungen zur Erneuerung des Liberalismus

#### 1. Liberalismus und Nationalökonomie

Die übliche Unterscheidung zwischen politischem [→ Liberalismus (I)] und wirtschaftlichem Liberalismus verkennt – wenn sie mehr sein will als eine formale Gliederung der empirischen Sachverhalte – das Wesen des Liberalismus. Sie entspringt dem Gedanken, daß es einen scharf umgrenzten Bezirk des Politischen gebe, in dem der Ablauf der Dinge nicht berührt wird von dem, was im Umkreis des Wirtschaftlichen vor sich geht. Die Abschaffung der *wirtschaftlichen Freiheit* werde daher alle anderen Freiheiten unberührt lassen, ja, erst die Voraussetzungen für ihre Verwirklichung schaffen. In diesem Sinne nennen sich heute in den Vereinigten Staaten von Amerika Marxisten, Sozialisten und Kommunisten liberal.

Das Grundprinzip des Liberalismus ist die *Marktwirtschaft*, d. h. die auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhende arbeitsteilige Wirtschaft. In dieser Wirtschaftsverfassung entscheidet letzten Endes das Kaufen oder Nichtkaufen von seiten der Verbraucher über Menge und Beschaffenheit der zu erzeugenden Waren. Die Notwendigkeit, Gewinne zu erzielen und Verluste zu meiden, zwingt die Unternehmer und die Eigentümer der Produktionsmittel, nach bestmöglicher und billigster Versorgung der Verbraucher zu streben. In ihrer Eigenschaft als Erzeuger und Verkäufer sind alle Glieder der Gesellschaft von den Käufern und Verbrauchern abhängig. Der Markt ist ein Austausch produktiver Dienste. Er ist auch als eine Demokratie bezeichnet worden, in der jeder Pfennig einen Stimmzettel bedeutet und (597) die Gewählten sich täglich zur Neuwahl stellen müssen.

In dieser Gesellschaftsordnung fällt dem *Staate* die Aufgabe zu, das ungestörte Wirken des Marktes zu sichern durch Verhütung und Abwehr gewaltsamer oder heimtückischer Anschläge gegen Leben, Gesundheit, Freiheit oder Eigentum der einzelnen. Diese Umschreibung der Staatsaufgaben – Rechtsschutz im Innern und Verteidigung gegen Angriffe von außen entspringt nicht einem besonderen Prinzip, etwa einem gegen den Staat gerichteten "Haß". Indem der Liberalismus die Marktwirtschaft will, lehnt er logischerweise andere Wirtschaftssysteme – Sozialismus und Interventionismus – und damit alles ab, was diese anderen Systeme dem Staate an besonderen Aufgaben zuweisen. Der Staat – der gesellschaftliche Zwangs- und Unterdrückungsapparat – ist in den Augen des Liberalismus weder ein Gott noch ein Übel, sondern eine unentbehrliche gesellschaftliche Einrichtung.

Der Liberalismus ist ein Erzeugnis der Nationalökonomie. Er entspringt der Erkenntnis, die das Wesen der nationalökonomischen Lehre von den Markterscheinungen ausmacht, daß nämlich der einzelne in Verfolgung seiner richtig verstandenen Interessen notwendigerweise der Wohlfahrt der Mitmenschen dient. Während alle älteren Lehren Entstehung und Bestand gesellschaftlicher Bindungen auf göttliche Einsetzung oder auf das Wirken charismatischer Zwingherren zurückzuführen suchten, erblickt der Nationalökonom in der höheren Ergiebigkeit arbeitsteilig verrichteter Arbeit das Prinzip, das die Gesellschaft aufbaut und erhält. Im nichtmenschlichen Kreis der natürlichen Dinge sind für jedes Lebewesen alle übrigen Individuen, besonders auch die seiner eigenen Gattung, Mitbewerber um einen Anteil an knapp bemessenen Unterhaltsvorräten. Da herrscht unversöhnlicher Interessengegensatz zwischen dem Wesen, das überlebt, und dem, das stirbt, weil ein anderes ihm das Futter weggeschnappt hat. Da gilt der Satz Montaignes, der Grundgedanke aller vorliberalen und antiliberalen Politik, insbesondere auch des Merkantilismus: Die Quelle, aus der der Gewinn eines Individuums stammt, ist der Verlust eines andern. Dieser biologisch bedingte Krieg aller gegen alle wird nicht etwa durch den Abschluß eines Gesellschaftsvertrages beendet, sondern durch die Erkenntnis der höheren Ergiebigkeit arbeitsteilig verrichteter Arbeit, die allein das Vertragen ermöglicht. In der gesellschaftlichen *Arbeitsteilung* wird der unversöhnliche biologische Konflikt des Kampfes aller gegen alle überwunden und in den gesellschaftlichen Wettbewerb übergeleitet, bei dem es nicht mehr um Leben und Tod geht, sondern um die Erlangung eines Platzes im Rahmen der gesellschaftlichen Ordnung. Alle Interessengegensätze werden letztlich durch das gemeinsame Interesse aller an der Erhaltung und Fortbildung der gesellschaftlichen Zusammenarbeit

aufgelöst. In diesem Sinne sprechen die älteren Generationen der Liberalen von der Harmonie der *richtig verstandenen Interessen*. Die Modernen ziehen den Ausdruck "*endliche*" (*long run*) *Interessen* vor.

So ist die liberale Gesellschafts- und Wirtschaftslehre rein diesseitig und frei von religiösen Gedankengängen. Gottgläubige Nationalökonomien wie Adam Smith und Frédéric Bastiat gelangen dann in der Gesamtbetrachtung der gesellschaftlichen Gebilde ebenso dazu, Gott als deren Schöpfer zu preisen, wie es gottgläubige Naturforscher in der Gesamtbetrachtung der Naturerscheinungen seit altersher zu tun pflegen.

Man hat den Liberalismus auch ein Erzeugnis des Utilitarismus genannt. Das ist insofern richtig, als der Grundgedanke des *Utilitarismus*, ein jedes Handeln an seinen Früchten zu erkennen und danach zu beurteilen, den Ausgangspunkt nationalökonomischen Denkens bildet. Es ist falsch insofern, als man sowohl die Nationalökonomie als auch den Liberalismus des ethischen Materialismus bezichtigen wollte.

Eine auch nur einigermaßen angemessene Untersuchung dieses ethischen Problems verlangt ein Eingehen auf die Geschichte der Philosophie und die der Nationalökonomie und besonders auch auf die Erkenntnistheorie der Wissenschaften vom menschlichen Handeln, für das hier der Raum fehlt. Es muß genügen festzustellen, daß, wenn die Nationalökonomie von dem Streben des einzelnen nach Befriedigung seiner *Wohlfahrtszwecke* spricht, sie das Wort "Wohlfahrtszwecke" im weitesten Sinn gebraucht, "in welchem es nicht bloß die egoistischen Zwecke eines Subjekts, sondern alles umfaßt, was diesem erstrebenswert erscheint" (Eugen v. Böhm-Bawerk, 1886). Der Liberalismus als wirtschaftspolitisches Parteiprogramm geht über diese wertfreie Haltung der Wissenschaft hinaus und trägt der historisch-empirisch feststellbaren Tatsache Rechnung, daß die ungeheure Mehrheit aller Menschen Leben dem Tode, Gesundheit dem Leiden und eine reichlichere Versorgung mit materiellen Gütern einer weniger reichlichen vorzieht. Von diesem Gesichtspunkt aus empfiehlt er die Marktwirtschaft, den Kapitalismus, und verwirft Interventionismus und Sozialismus. Die Nationalökonomie sagt: Diese Maßnahme ist zweckwidrig; sie wird nicht das erzielen, was die, die sie befürworten, erreichen wollen; sie wird vielmehr Folgen zeitigen, die *vom Standpunkte ihrer Befürworter* weniger befriedigend sind als der Zustand, den sie ändern soll. Der Liberalismus fügt hinzu: Darum bekämpfe ich diese Maßnahme.

(598) Einige Menschenalter einigermaßen liberaler Wirtschaftspolitik haben die Volkszahl vervielfacht und dem Durchschnittsmenschen der kapitalistischen Länder eine Lebenshaltung gebracht, die hoch über der der Wohlhabenden älterer Zeiten liegt. Der Rückgang der Kindersterblichkeit und das Verschwinden mancher Volksseuchen beleuchten die Aussprüche jener, die die Wirtschaftsethik der mittelalterlichen Denker preisen und dem Erwerbsstreben vorwerfen, daß es "ruin to the soul and confusion to society" bringe (Richard Henry Tawney, 1926).

## **2. Aufstieg und Niedergang des Liberalismus**

Man pflegt die geschichtliche Leistung des Liberalismus als Industrialisierung und Kommerzialisierung zu bezeichnen. Genauer wäre es, von der Eröffnung eines Zeitalters von *Massenproduktion* zur Befriedigung der Bedürfnisse der Massen zu sprechen. In der vorliberalen Zeit arbeiteten die Gewerbe vorwiegend oder ausschließlich für den Bedarf der bessergestellten Schichten. Die Fabriken warfen sich von Anfang an auf die Erzeugung der billigsten Waren, die vor allem für den Gebrauch der breiten Schichten bestimmt waren. Erst später, als der Kapitalismus die allgemeine Lebenshaltung gehoben hatte, wurde es lohnend, immer bessere Ware fabrikmäßig zu erzeugen. Es ist ein charakteristisches Merkmal des liberalen Zeitalters, daß die Arbeiter und Angestellten die Mehrheit der Kunden bilden, die, nach dem bekannten Ausspruch, immer recht haben.

Wenn auch Italiener, Franzosen und Niederländer Bedeutsames zur Entwicklung der liberalen Ideen beigetragen haben, so muß man doch England und Schottland als die Wiege bewußt liberaler Politik bezeichnen. Eine Reihe von Denkern, die mit David Hume und Adam Smith abschließt, bereitete den Weg, auf dem dann im 19. Jh. nicht minder hervorragende Nationalökonomien und Politiker fortschreiten konnten. Im Rahmen der überkommenen vorliberalen Wirtschaftsordnung gab es keine Verwendung für einen sich beständig vergrößernden Prozentsatz der wachsenden Bevölkerung. Aus diesen Überzähligen rekrutierten sich die Arbeiter und meist auch die Unternehmer der neuen Betriebe. Die Wirtschaftsfreiheit siegte, weil sie die Armenhäuser und Zuchthäuser entlastete und ein Lumpenproletariat von Bettlern und Vagabunden in Verdienner verwandelte. Die Lebenshaltung der Arbeiter und die Arbeitsverhältnisse in den Fabriken und Bergwerken der Periode, die man als die "Industrielle Revolution" zu bezeichnen pflegt, waren recht schlecht, stellten aber doch schon eine bedeutende Verbesserung dar gegenüber dem, was das System der "guten alten Zeit" den betreffenden Schichten geboten hatte. Die Bevölkerungszunahme – in England von 8 1/2 Mill. 1770 auf 16 Mill. 1831 – spricht ein deutliches Wort.

In keinem Lande ist das liberale Programm voll verwirklicht worden. Großbritannien, seine Dominien, die USA und einige kleinere europäische Länder kamen in der zweiten Hälfte des 19. Jh. dem Ideal am nächsten. Auch in

der Geschichte Frankreichs und des Deutschen Reiches kann man von einer liberalen Epoche sprechen. Einzelne liberale Ideen haben auch in die Wirtschaftspolitik der übrigen Länder Europas und Amerikas zeitweise Eingang gefunden. Doch außerhalb Westeuropas und der von Angelsachsen besiedelten überseeischen Länder blieb alles Liberale immer ein vom Auslande importiertes Fremdes, das man nur duldete, weil man ausländisches Kapital ins Land ziehen wollte.

Die schrittweise Verdrängung des Liberalismus begann überall, selbst in England, schon zu einer Zeit, in der die Verwirklichung mancher Punkte des liberalen Programms noch Fortschritte machte. Der Liberalismus wird durch die Lehren der Nationalökonomie erläutert und gerechtfertigt. Man kann ihn nur begreifen, wenn man auf die Nationalökonomie zurückgeht. Das erschien den Staatsmännern und schon gar den Wählern bald zu mühsam. Sie begrüßten die neue Lehre, die alle Nationalökonomie als wirklichkeitsfremde Abstraktion verwarf und durch eine vermeintlich realistische Betrachtungsweise zu ersetzen empfahl. Man legte sich eine vermeintlich naturrechtliche Freiheitsdoktrin zurecht, die mit dem Liberalismus von Adam Smith und Richard Cobden nichts gemein hatte und immer mehr sozialistisches und interventionistisches Ideengut aufnahm. Als charakteristisches Beispiel sei die Frage der *Einkommens- und Vermögensgleichheit* genannt. In der Marktwirtschaft ist Ungleichheit der Einkommen und Vermögen wesentlich. Eine der Funktionen des Marktes ist es, durch Gewinn und Verlust der Unternehmer die Verfügung über die Produktionsmittel in die Hände jener zu legen, die sie für die beste und billigste Versorgung der Verbraucher zu verwenden wissen. Die beispiellose Hebung der Lebenshaltung, die der Kapitalismus brachte, war nur möglich, weil man lange Zeit hindurch der Bildung von „bürgerlichem“ Reichtum keine unübersteigbaren Hindernisse in den Weg legte und es verschmähte, den minder leistungsfähigen Erzeuger gegen den Wettbewerb des leistungsfähigeren zu schützen. Das Gleichheitsideal einer Gesellschaft von autarken Bauern wird unsinnig, wenn es auf die Verhältnisse einer industriellen Wirtschaft übertragen wird. Die Steuersätze zeitgenössischer Einkommen- und Erbschaftsbesteuerung sabotieren die Marktwirtschaft. Sie sind Maß- (599) nahmen zur Überleitung der Wirtschaft in ein sozialistisches System, das möglicherweise viel schärfere Ungleichheit der Lebenshaltung seiner Genossen kennen wird.

Der Liberalismus war dem Untergang verfallen, als die Generation, die auf Cobden und Ludwig Bamberger folgte, das Wesen und die Funktion des Unternehmergewinn, des Sparens und der Kapitalbildung nicht mehr begriff. Dem, der mit Nationalökonomie nicht vertraut ist, erscheint alles Einkommen, das nicht aus Löhnen und Gehältern stammt, als unverdienter Abzug vom Arbeitsertrag. Das Einkommen der Unternehmer und die Bezüge von Direktoren der Großunternehmungen oder von Kunstgrößen erscheinen nur soweit gerechtfertigt, als sie das übliche Ausmaß von Gehältern nicht zu weit übersteigen. Dabei beachtet man nicht, daß es eine freie Volksabstimmung ist, die dem Erzeuger eines Artikels oder einem Kinostar das fragliche Einkommen zuweist.

Alle wirtschaftspolitischen Neuerungen, die in West- und Mitteleuropa nach 1880 und in den USA nach 1920 erfolgten, waren von antiliberalen Ideen getragen. Um das Ende der 1880er Jahre verkündete Sidney Webb, daß "die ökonomische Geschichte des Jahrhunderts eine fast ununterbrochene Aufzählung der Fortschritte des Sozialismus ist". Wenige Jahre später erklärte ein britischer Staatsmann, William Harcourt, daß "wir alle" heute Sozialisten sind. Daß die wesentlichen Einrichtungen, die der Liberalismus geschaffen hatte, noch bis zum Ausbruch des ersten Weltkriegs unangetastet blieben und daß selbst heute noch in Nordamerika und in Westeuropa dem privaten Unternehmer ein Betätigungsfeld offensteht, war nicht etwa einem Fortwirken der liberalen Lehre zuzuschreiben. Die offenkundig unbefriedigenden Ergebnisse der sozialistischen und interventionistischen Experimente verlangsamten das Tempo der antiliberalen Reformen.

### **3. Liberalismus und Sonderinteressen**

*Wirtschaftsfreiheit* bringt eine Elite hervor: die der erfolgreichen Unternehmer. Wenn man diese Schicht eine soziale Klasse nennen will, darf man nicht vergessen hinzuzufügen, daß ihre Zusammensetzung beständig wechselt. Es gibt eine Anzahl von Familien, die ihren in Geschäften erworbenen und angelegten Reichtum durch mehr als zwei oder drei Generationen erhalten und gemehrt haben. Viel häufiger ist es, daß der Sohn vermögensloser Eltern emporsteigt und daß seine Söhne oder Enkel die ererbte Stellung nicht zu wahren wissen. Wo Wirtschaftsfreiheit herrscht, hat jedes bestehende Unternehmen immer wieder gegen den Wettbewerb von Personen zu kämpfen, die emporkommen wollen. Es ist daher verfehlt anzunehmen, daß "Klasseninteressen" die Unternehmer antreiben, für unbeschränkte Wirtschaftsfreiheit einzutreten. Wer für Wirtschaftsfreiheit eintritt, will vielmehr jenen heute armen und unbekanntenen Männern Bahn schaffen, die in kommenden Jahren diejenigen, die heute reiche Unternehmer sind, entweder verdrängen oder zur höchsten Anspannung ihrer Kräfte zwingen werden.

Mit dieser Feststellung erweist sich alles als falsch, was seit mehr als hundert Jahren über die Rolle der Nationalökonomie in der Entwicklung der liberalen Politik gesagt wurde. Wenn Nationalökonomien Wirtschaftsfreiheit empfahlen, haben sie nicht Klasseninteressen derer, die schon Bourgeois waren, vertreten.

Niemand hatte von der Wirtschaftsfreiheit Sondervorteile zu erwarten. Die liberale Bewegung war eine geistige Bewegung, nicht etwa ein Kampf der Bourgeoisie zur Erlangung und Bewahrung von Sondervorteilen. Die Nationalökonomien waren nicht "Sycophanten der Bourgeoisie" (Karl Marx); sie lieferten nicht den "ideologischen Überbau" für eine Umwälzung, die die Entwicklung der "materiellen Produktivkräfte" eingeleitet hatte. Der Liberalismus war eine politische Macht, solange die *Freihandelslehre* die Geister beherrschte. Er verlor Einfluß auf die Gestaltung der Dinge in dem Maße, in dem sozialistische und interventionistische Ideen die Oberhand gewannen.

Kein zweites Argument hat jedoch auf die Gebildeten sowohl als auf die Massen stärker gewirkt als das, daß Wirtschaftsfreiheit nur den Sonderinteressen der Reichen diene. Die Niederlage des Liberalismus äußerte sich gerade darin, daß man Politikern und Schriftstellern, die für die Marktwirtschaft eintraten, den guten Glauben absprach und ihre Ausführungen einer Entgegnung nicht mehr für würdig erachtete.

#### **4. Vorrang des Verbrauches und Freiheit des Marktes**

Man erzeugt, um zu gebrauchen und zu verbrauchen. Je höher die Ergiebigkeit der Erzeugung ist, desto mehr kann an greifbaren Gütern oder an Muße- und Ruhezeit genossen werden. Es erscheint daher sinnlos, zwischen Produzentenpolitik und Konsumentenpolitik zu unterscheiden.

*Privilegien*, die es minder leistungsfähigen Unternehmungen ermöglichen sollen, sich im Wettbewerb gegenüber leistungsfähigeren Unternehmungen zu behaupten, fördern das Wohl der Privilegierten auf Kosten der Verbraucher. Gerade darum werden die Verbraucher einer besonderen Ware, die in der arbeitsteiligen Gesellschaft naturgemäß die Mehrheit gegenüber (600) einer Minderheit der Erzeuger bilden, solche Benachteiligung auf die Dauer nicht dulden wollen. Will man die Mehrheit beschwichtigen, indem man jede einzelne Produzentengruppe gleichmäßig privilegiert, dann verliert jeder einzelne zunächst als Käufer und Verbraucher das, was er als Erzeuger und Verkäufer gewinnt. Darüber hinaus werden alle durch die Verringerung der Produktionsmenge geschädigt. Das haben besonders auch jene verkannt, die den "lückenlosen Schutzzoll" oder den gleichmäßigen Schutz aller schutzbedürftigen Interessen gefordert haben.

Dieser Gedankengang der liberalen Ablehnung aller Sonderbegünstigungen ist logisch unangreifbar. In der Geschichte der beiden letzten Menschenalter (also seit etwa den 1890er Jahren) hat sich jedoch gerade die Bekämpfung der von einzelnen Gruppen von Erzeugern angestrebten Privilegien als der unpopulärste Punkt des liberalen Programms erwiesen. Allgemein wird heute die Privilegierung der "wirtschaftlich Schwachen", d. h. derer, die im Wettbewerb nicht zu bestehen vermögen, als eine wichtige Staatsaufgabe angesehen. Zollschutz, Steuerbegünstigungen, mittelbare oder unmittelbare Zuwendung von öffentlichen Geldern, Beschränkung des Wettbewerbs derer, die Besseres leisten, und viele andere Mittel dienen diesem Zwecke. Die Verbände der Lohnempfänger, der Landwirte, der Kleingewerbetreibenden, des Einzelhandels und selbst die der liberalen Berufe sind unermüdlich im Kampfe um solche Förderung, d. h. Privilegierung, ihrer vermeintlichen Interessen. Die ursprünglich zur Abwehr solcher Diskriminierung gegründeten Vereinigungen der Großunternehmer haben sich auf die Dauer dem Zeitgeist nicht verschließen können. Auch sie bewerben sich heute, wenn auch meist erfolglos, um Sonderbegünstigungen für ihre Mitglieder. Alle politischen Probleme, auch die der Außenpolitik und der Landesverteidigung, werden von Interessentengruppen [—> Pressure Groups] von dem Standpunkt der Privilegien, die sie bereits besitzen oder erst anstreben, beurteilt. Die Parlamentarier betrachten sich vielfach weniger als Vertreter des ganzen Volkes denn als Vertreter bestimmter Interessen, für die sie durch geschicktes Verhandeln mit den Vertretern anderer Gruppen möglichst viel herauszuschlagen suchen. In den Kabinetten fühlen sich manche Ressortminister vor allem als die berufenen Anwälte der betreffenden Sonderinteressen.

Immerhin mag man feststellen, daß verschiedene krasse Maßnahmen der Privilegienpolitik in der Öffentlichkeit auch noch heute auf Widerspruch stoßen. Das gilt besonders von Bestrebungen, die Preise von Artikeln des Massenverbrauchs zu erhöhen, und von Geldaufwendungen zugunsten einzelner Gruppen. Dagegen werden gesetzliche Preistaxen, Höchstpreise für Waren und Höchstmietpreise auf der einen Seite, Mindestlöhne für Arbeits- und Dienstleistungen auf der anderen Seite nahezu allgemein gebilligt. Der von Nationalökonomien und von liberalen Politikern erhobene Widerspruch wird fast ausnahmslos als Verteidigung unbilliger Sonderinteressen gedeutet.

Der Liberalismus bekämpft die behördliche Preisfestsetzung wegen ihrer Zweckwidrigkeit. Die Regierung wünscht eine bestimmte Ware zu verbilligen und setzt zu diesem Zwecke einen Höchstpreis fest, der niedriger ist als der auf dem Markte gebildete Preis. Die unmittelbare Folge ist, daß auf der einen Seite die Nachfrage wächst, da manche sich zu dem niedrigen Preise mehr von der betreffenden Ware leisten können als vorher. Auf der andern Seite fällt das Angebot, da die mit den höchsten Kosten arbeitenden Erzeuger nun Verluste erleiden und daher die Erzeugung einschränken oder einstellen. Die Regierung wollte die Lage der Verbraucher

verbessern; sie hat sie jedoch verschlechtert: Das Angebot der Ware, die die Regierung für so lebenswichtig hält, daß sie sie zum Gegenstand einer besonderen Verfügung gemacht hat, sinkt.

Der Mißerfolg der Preistaxe wird allgemein dem Umstande zugeschrieben, daß sie die Preise der komplementären Produktionsfaktoren unberührt läßt. Um die Rentabilität der durch die Preisfestsetzung ausgeschalteten Grenzbetriebe wieder herzustellen, sucht nun die Regierung auch die Preise dieser komplementären Produktionsfaktoren in ihre Höchstpreispolitik einzubeziehen. Doch dann wiederholt sich auf einer höheren Ebene dasselbe, was sich im Gebiete der Preise des regulierten Verbrauchsgutes vorher vollzogen hat: Die Menge der erzeugten und zu Markt gebrachten Waren sinkt. Die Behörde steht wieder vor einem Fehlschlag. Um doch einen Erfolg zu erzielen, sucht sie noch einen Schritt weiterzugehen und dekretiert Höchstpreise für die zur Erzeugung dieser Produktionsmittel benötigten Produktionsmittel höherer Ordnung und so fort.

Der vereinzelte preispolitische Eingriff der Obrigkeit in das Getriebe der Marktwirtschaft ist – wie ersichtlich – nicht nur zwecklos, sondern zweckwidrig. Ehe die Preistaxe erlassen wurde, war die Ware – nach der Meinung der Obrigkeit – zu teuer; der behördliche Eingriff verknappt sie. Die Behörde wollte die Versorgung der Verbraucher verbessern; sie hat sie verschlechtert. Will die Obrigkeit diesen Mißerfolg nicht einfach hinnehmen, dann muß sie dem ersten Schritt immer weitere folgen lassen: Preistaxen für alle sachlichen Produktionsmittel; Weisungen, an wen und wieviel verkauft werden darf; Lohnsätze und Arbeitspflicht für die Arbeiter; Produktionszwang für Unternehmungen und Anlagezwang für verfügbares Kapital. Alle diese Vorschriften dürfen sich nicht auf einen oder wenige Produktionszweige beschränken, da sonst Kapital und Arbeit von den Produktionszweigen, die die Obrigkeit reglementiert, weil sie sie für besonders lebenswichtig hält, in jene Zweige abströmen würden, die die Obrigkeit für minder wichtig hält. Die Reglementierung muß daher allumfassend sein. Damit aber hat die Obrigkeit alle wesentlichen Funktionen des Marktes lahmgelegt und die Leitung der gesamten Produktion und Verteilung an sich gezogen. Nicht die Nachfrage der Verbraucher auf dem Markte, sondern die Obrigkeit bestimmt nunmehr, was, wie und in welcher Menge und Beschaffenheit erzeugt werden soll und was der einzelne verzehren und gebrauchen darf. Das ist nicht mehr Marktwirtschaft, sondern ein System planmäßig von einer Zentralstelle geleiteter Produktion und Verteilung, ein sozialistisches System nach Art dessen, das im ersten Weltkrieg im Deutschen Reich vom Hindenburgplan angestrebt wurde und das sich im zweiten Weltkriege in Deutschland, in England und in manchen anderen Ländern herausgebildet hat. Es gibt dann nur dem Namen nach Preise, Löhne, Zinssätze und Unternehmergewinne. In Wahrheit handelt es sich bei diesen Größen um mengenmäßige Bestimmungen in den planwirtschaftlichen Anordnungen der Obrigkeit. Es besteht, wie Othmar Spann (1921) erklärt hat, „formell Privateigentum, der Sache nach aber nur Gemeineigentum“.

Die Kritik, die der Liberalismus an dem Programm obrigkeitlicher Preisfestsetzung übt, bedeutet zugleich eine Kritik aller jener Vorschläge, die den Gegensatz von Marktwirtschaft und Sozialismus durch ein drittes System beheben wollen, das in der Meinung seiner Befürworter gleich weit von beiden "Extremen" entfernt ist, dabei die Nachteile beider vermeidet und ihre Vorzüge beibehält. Diese Kompromißlösung zeitigt zunächst Folgen, die – vom Standpunkte ihrer Befürworter – unbefriedigender erscheinen müssen als das Verharren an dem, was sie starres Manchestertum nennen und ablehnen. Ihr Mißerfolg läßt der Obrigkeit nur die Wahl zwischen zwei Wegen. Sie kann entweder von jeder Zwangsregulierung der Markterscheinungen absehen und damit das, was man die Souveränität der Käufer genannt hat, wieder herstellen. Oder sie muß Schritt für Schritt weitergehen in ihren Anordnungen, bis sie schließlich bei der vollen Planwirtschaft, dem Sozialismus, angelangt ist. Der → Interventionismus kann nicht als dauerndes Wirtschaftssystem bestehen. Wenn man an ihm festhält, bereitet man den Übergang von der Marktwirtschaft zur Planwirtschaft, zum Sozialismus.

## **5. Liberalismus und Außenhandel**

Die Marktwirtschaft, die der Liberalismus empfiehlt, kennt keine Staatsgrenzen, keinen Unterschied zwischen Binnen- und Außenhandel. Der Liberalismus verwirft alle Handelshemmnisse und duldet keine anderen Zölle als Finanzzölle. Nur England und einige kleinere Länder haben auch diesen Punkt des liberalen Programms einige Jahrzehnte hindurch befolgt. In manchen anderen Ländern – darunter auch Frankreich und Deutschland – gab es eine Zeit ziemlicher Annäherung an freien Außenhandel.

Man pflegt die Darstellung der Geschichte der Außenhandelspolitik von der der Binnenwirtschaftspolitik zu stark zu trennen. Es wird dabei nicht genügend beachtet, daß Interventionismus im Innern wirkungslos bliebe, wenn der Außenhandel frei gelassen wird. Je weiter ein Staat auf dem Wege des Interventionismus fortschreitet, desto mehr muß er die Lenkung des Verkehrs über die Grenzen in die Hand nehmen. Die Entwicklung seit 1914 hat daher notwendigerweise dazu geführt, daß nahezu überall Einfuhr und Ausfuhr vom Ermessen der Regierung abhängen.

Der Liberale sieht den Zweck des Außenhandels in der Einfuhr von Gütern und betrachtet die Ausfuhr nur als Mittel zur Bezahlung der Einfuhr. Der Neomerkantilist sucht der Einfuhr Hindernisse in den Weg zu legen und die Ausfuhr zu fördern. Er sieht nicht den Widerspruch.

## 6. Bestrebungen zur Erneuerung des Liberalismus

In den beiden letzten Jahrzehnten des 19. Jh. zählte der liberale Gedanke kaum noch in der Wirtschaftspolitik der Staaten. Sozialistische und interventionistische Maßnahmen begegneten nur schwachem ideologischem Widerstand. Daß die liberale Wirtschaftsordnung nicht schnell und radikal beseitigt wurde, war nicht etwa Bemühungen ihrer Befürworter zu danken. Die offenkundig unbefriedigenden Ergebnisse der antiliberalen Politik verlangsamten das Tempo ihres Fortschritts.

Von der Verstaatlichung und Verstädtlichung von Betrieben hatte man fiskalische Vorteile erwartet. Doch das Ergebnis war nahezu in jedem Fall – die preußischen Staatsbahnen bildeten hier lange eine Ausnahme – ein Defizit, das den öffentlichen Haushalt arg belastete. Man mußte auch lernen, daß die hohe Besteuerung des Ertrages großer Unternehmungen und des Einkommens und Vermögens der Reichen die Erwartungen enttäuschte. Ernüchterung konnte nicht ausbleiben. Am deutlichsten war, was sich im *New Deal* des Präsidenten Franklin D. Roosevelt abspielte. Zu einer Zeit, da die europäischen (602) Antiliberalen schon durch Schaden vorsichtig geworden waren, wurde die "Tennessee-Valley-Idea" als Eröffnung eines neuen Zeitalters und als endgültige Absage an privates Unternehmertum überschwänglich begrüßt. Es vergingen Jahre, ehe die Erkenntnis, daß das Unternehmen im Grunde verfehlt war und den Bundesfinanzen überdies eine schwere Bürde auferlegte, allgemein wurde und die Forderung, alle Ströme in gleicher Weise zu sozialisieren, ihre Volkstümlichkeit einbüßte.

Die Enttäuschung über die hochgespannten antiliberalen Erwartungen fand in der Literatur frühzeitig Ausdruck. Man entdeckte, daß im Kapitalismus doch nicht alles schlecht war. Man begann von einer Wiederbelebung des Liberalismus zu reden. In allen Ländern Westeuropas hat es seit den 1890er Jahren wiederholt Versuche liberaler Erneuerung gegeben. Und alle verliefen im Sande.

Es ist nicht schwer, die Ursache ihres Scheiterns zu erklären. Dieser angebliche Neoliberalismus war tatsächlich nicht liberal. Seine Verfechter erstrebten nicht die freie Marktwirtschaft, sondern nur eine "Milderung" gewisser interventionistischer Maßnahmen. Sie waren eifrig darauf bedacht, zu versichern, daß sie keineswegs *laissez-faire*-Kapitalismus, sondern nur einen vom Staat "vernünftig" geregelten Kapitalismus anstreben. Mit einem Wort: Sie waren Interventionisten; wie sie glaubten, gemäßigte Interventionisten. Sie kritisierten keineswegs das, was man die Doktrin des Interventionismus nennen mag. Sie empfahlen nur mehr Milde, d. h. weniger Folgerichtigkeit, in der Durchführung seines Programms. Die Progression in der Besteuerung der Einkommen und Verlassenschaften soll gemildert, doch keineswegs beseitigt werden. Manche – aber nicht alle – Gewaltmaßnahmen der Gewerkschaften sollen unterdrückt werden. Manche – aber nicht alle Privilegien, die den minder leistungsfähigen Unternehmer gegen den leistungsfähigeren schützen, sollen fallen. Schutzzölle und andere protektionistische Verfügungen sollen auf das "unbedingt notwendige" Maß zurückgeführt werden.

Wenn einmal der Grundgedanke des Sozialismus und Interventionismus, daß nämlich die Marktwirtschaft die Mehrheit des Volkes zugunsten einer Minderheit von Profitmachern benachteilige, als richtig unterstellt wird, dann ist der liberale Standpunkt preisgegeben. Es ist dann belanglos, ob man in der interventionistischen Politik mehr oder weniger Mäßigung empfiehlt. Wenn man z.B. kein Verständnis hat für die Rolle, die die Ungleichheit des Einkommens und Vermögens in der Marktwirtschaft spielt, kann man kein haltbares Argument gegen eine noch so radikale Wegsteuerung höherer Einkommen vorbringen. Der Pseudoliberale, der den Steuersatz von  $x\%$  für Einkommen über  $y$  Mark gerechtfertigt erachtet, nicht aber den Satz von  $2x\%$ , erscheint dann in den Augen kritischer Beurteiler lediglich als Vorkämpfer der selbstsüchtigen Sonderinteressen derer, die hohe Einkommen beziehen. Man kann sich schwer eine Partei vorstellen, die auf alles, was der Gegner fordert, nur eine Antwort weiß: ja, aber mit etwas mehr Mäßigung.

Eine wirklich neuliberale Bewegung hat sich erst seit dem Ende des ersten Weltkriegs langsam zu entwickeln begonnen. Sie ist von der Erneuerung der Nationalökonomie ausgegangen. Ihre geistigen Führer sind Nationalökonomien und Philosophen, die der Nationalökonomie nahestehen: Edwin Cannan (1861-1935), Luigi Einaudi, Louis Baudin, Louis Rougier, Henry Hazlitt und Ludwig v. Mises. An sie schließen sich einige jüngere Autoren an, so Friedrich August v. Hayek, Wilhelm Röpke und John Jewkes.

Das Schicksal dieser Bewegung wird davon abhängen, ob es ihr gelingen wird, den Opportunismus eines "gemäßigten" Interventionismus zu meiden. Sie darf sich nicht mit jenen verbünden, die verschiedene interventionistische Maßnahmen nur darum ablehnen, weil sie andere derartige Maßnahmen anstreben. Sie muß als Gegner nicht nur die ansehen, die Sozialismus als das beste Mittel zur Bekämpfung des Kommunismus

preisen, sondern auch die, die Ablehnung von Staatseingriffen als Negativismus und Duldung aller Übel ansehen und dem Liberalismus ein angeblich positives Programm geben, d.h. ihn in Interventionismus umwandeln wollen.

Man pflegt oft zu behaupten, daß die Gedankengänge der theoretischen Nationalökonomie das Fassungsvermögen des Durchschnittsmenschen überstiegen und daß es daher ein aussichtsloses Beginnen sei, bei den Wählermassen Verständnis für die Marktwirtschaft zu erwecken. Die politischen Entscheidungen werden jedoch nicht von den Massen getroffen, sondern von den Intellektuellen.

Das Verhängnis des 19. Jh. war es, daß den im demokratischen Staatswesen zur Führung berufenen Schichten der Gebildeten die Nationalökonomie fremd wurde. Es ist hier nicht der Ort, die Gründe dieser Erscheinung aufzuweisen. Es genügt festzustellen, daß etwa seit den 1870er Jahren nur wenige es der Mühe wert erachteten, sich ernstlich mit den Problemen zu beschäftigen, die man gemeinhin als nationalökonomische Theorie zu bezeichnen pflegt.

Der Hinweis darauf, daß eine Erneuerung des Liberalismus nur von einer Belebung des Interesses der Gebildeten an nationalökonomischen Fragen zu erwarten ist, zielt nicht auf Änderungen im Gebiete des Schul- und Unterrichtswesens ab. Er hat nichts mit aus Steuergeldern erhaltenen Lehranstalten, mit Staatsprüfungen und Berechtigungen zu tun. Das, um was es sich handelt, ist, bei den Gebildeten das Gefühl politischer Verantwortung zu erwecken. Der Arzt, der Anwalt, der Unternehmer, der Ingenieur, sie alle müssen lernen, ihre politischen Entscheidungen mit derselben Gewissenhaftigkeit vorzubereiten, mit der sie in ihrem Berufe vorgehen. Sie müssen nach politischer Bildung und Fortbildung mit dem gleichen Eifer streben, mit dem sie ihr fachliches Wissen erwerben und mehren. Politische Bildung aber bedeutet vor allem Nationalökonomie. Im Hinblick auf die Probleme, um die es in den großen Ideenkämpfen der Gegenwart geht, ist man versucht zu sagen: Politische Bildung *ist* Nationalökonomie.

Es ist heute üblich, verschiedene Wirtschaftssysteme zu unterscheiden, zwischen denen die Menschen und Völker zu wählen haben. Lediglich zufällige Ereignisse der Vergangenheit hätten, meint man, dem kapitalistischen System die Stellung zugewiesen, die es im Rahmen der westlichen Kultur einnimmt. Doch es hätte auch anders kommen können. Das, was an der modernen Kultur wertvoll ist, sei keineswegs ein Erzeugnis des kapitalistischen Systems. Es hätte sich auch dann entwickelt, wenn ein anderes Wirtschaftssystem angenommen worden wäre, und es werde weiterblühen, wenn in Zukunft ein anderes System den Kapitalismus verdrängen sollte.

Spekulationen darüber, wie es hätte kommen können, wenn gewisse Dinge anders gewesen wären, sind müßig. Wenn man jedoch Änderungen plant, muß man wissen, was man anstrebt und ob die in Aussicht genommenen Mittel geeignet sind, den gewünschten Erfolg herbeizuführen. Das kann aber auf dem Gebiete, das man als Wirtschafts- und Sozialpolitik bezeichnet, nur Nationalökonomie leisten. Alles, was in diesen Dingen geplant oder unternommen wird, ist an Sätzen der ökonomischen Theorie orientiert. Auseinandersetzungen über wirtschaftspolitische Probleme können nur auf dem Boden der reinen Theorie ausgetragen werden. Wäre die interventionistische Schule folgerichtig in der Verwerfung jeglicher allgemeingültigen Theorie, dann müßte sie darauf verzichten, mehr zur Empfehlung ihrer Vorschläge zu sagen, als daß sie in der Linie des – intuitiv, d.h. unüberprüfbar – ersichtlichen Zuges künftiger notwendiger Entwicklung liegen. In der Tat ist die Grundlage aller antiliberalen Doktrin und Politik die antirationalistische mystische Lehre von der Unentrinnbarkeit des Sozialismus.

Es ist nicht die Aufgabe der Nationalökonomie oder irgend einer andern Wissenschaft, Aussagen über den Verlauf der künftigen Dinge zu machen. In der Vergangenheit hat es tiefgreifende Veränderungen gegeben. Wiederholt wurde das, was Zeitgenossen als ewigen, keiner weiteren Änderung unterliegenden "Zug der Entwicklung" angesehen haben, durch einen durchaus anders gerichteten "Zug der Entwicklung" abgelöst. Unser Zeitalter ist durch eine kollektivistische Tendenz gekennzeichnet. Das Gebiet, in dem sich der einzelne betätigen kann, wird, unter dem Beifall der ungeheuren Mehrheit, immer mehr zugunsten der Staatsallmacht eingeschränkt. Die Enkel der Freiheitskämpfer nähern sich immer mehr dem totalen Staat des Sozialismus. Doch das bedeutet nicht, daß Sozialismus das letzte Wort menschlicher Ideologie ist und die endgültige Lösung aller Probleme darstellt. Nichts berechtigt uns anzunehmen, daß wir am Ende aller Veränderungen angelangt sind und daß es in Zukunft keine Geschichte mehr geben wird.

## Literatur

- Baudin**, Louis: L'aube d'un nouveau libéralisme. Paris 1953.  
**Cannan**, Edwin: An Economist's Protest. London u New York 1928.  
**de Jouvenel**, Bertrand: The Ethics of Redistribution. Cambridge 1951.

- Eucken**, Walter: Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Bern u Tübingen 1952.
- Eucken**, Walter: Unser Zeitalter der Mißerfolge. Tübingen 1951.
- Hazlitt**, Henry: Economics in One Lesson. New York 1946.
- Hazlitt**, Henry: The Free Man's Library. A Descriptive and Critical Bibliography. Princeton 1956.
- Jewkes**, John: Ordeal by Planning. London 1948.
- Knight**, Frank H.: The Ethics of Competition and Other Essays. New York u London 1935.
- Knight**, Frank H.: The Economic Organization. New York 1951.
- Martinez Moreau**, Heraclio: Premisas del liberalismo económico. Arequipa (Peru) 1949.
- Muthesius**, Volkmar: Die Wirtschaft des Wettbewerbs. Wiesbaden 1948.
- Pirou**, Gaetan: Néo-Libéralisme, Néo-Corporatisme, Néo-Socialisme. Paris 1939.
- Röpke**, Wilhelm: Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart. Zürich (1942)<sup>5</sup> 1948.
- Röpke**, Wilhelm: Civitas Humana. Zürich (1944)<sup>1</sup> 1946.
- Röpke**, Wilhelm: Jenseits von Angebot und Nachfrage. Zürich 1958.
- Rougier**, Louis: Les mystiques économiques. Paris 1938.
- Rueff**, Jacques: L'ordre social. Paris 1945. [Die soziale Ordnung. Bremen 1952].
- Rueff**, Jacques: Épitre aux dirigistes. Paris 1949.
- v. Hayek**, Friedrich A.: The Road to Serfdom. London u Chicago 1944. [Der Weg zur Knechtschaft. Zürich 1946].
- v. Hayek**, Friedrich A.: Individualism and Economic Order. London u Chicago 1948. [Individualismus und wirtschaftliche Ordnung. Zürich 1952].
- v. Hayek**, Friedrich A. (Hrsg): Capitalism and the Historians. Chicago 1954.
- v. Mises**, Ludwig: Liberalismus. Jena 1927.
- v. Mises**, Ludwig: Planning for Freedom. South Holland (Ill.) 1952.
- Velasco**, Gustavo R.: Libertad y abundancia. Mexiko 1958.